

Wegungspreis:
Herausgeber: Dr. med. univ. Berlin
Verlag: Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise:
Kleinanzeigen...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 95-97

Donnerstag, den 19. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenteil

Lloyd George bleibt im Amt.

London, 19. Januar. (WZB.) „Times“ berichtet, Ende der letzten Woche seien die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett so groß gewesen, daß die Möglichkeit des Rücktritts Lloyd Georges bestand hätte.

Vor der Rede Poincarés.

Heute nachmittag werden Poincaré in der Kammer und Barthou im Senat das Programm der neuen Regierung entwickeln. Es ist wohl eine Demonstration der „Radikal-Sozialisten“ für die Politik von Carnot, daß sie einstimmig beschlossen haben, Herrn Briand in den Auswärtigen Ausschuss der Kammer zu entsenden.

Durch Havas wird bereits folgende Inhaltsangabe der Regierungserklärung noch vor ihrer Genehmigung durch den Ministerrat verbreitet:

Die Erklärung erwähnt zunächst in lobender Weise die Ansprachen, die Bourgeois und Peret im Senat bzw. in der Kammer bei ihrer Wiederwahl zu Präsidenten dieser Versammlungen gehalten haben. Die Regierung werde sich die darin ausgesprochenen Gedanken bei der Erfüllung der Aufgabe, die sie übernommen habe und deren Schwierigkeiten sie sich nicht verhehle, zunutze machen.

Der Teil der Erklärung, der sich mit der auswärtigen Politik befaßt, bekräftigt die Sorge der Regierung, die Allianzen Frankreichs aufrechtzuerhalten und zu befestigen, ebenso wie ihren Willen, sich auf den Vertrag von Versailles zu stützen.

Am Schluß appelliert die Erklärung an die nationale Einheit im Interesse der Größe und des Gedeihens Frankreichs.

Estreurope meldet noch, Poincaré werde anführen, daß Europa endgültig von den deutschen Träumen befreit werden müsse. Frankreich wolle zwar Beweis seiner guten Willens und seiner Mäßigkeit ablegen, es müsse aber, um die gerechtfertigten Reparationen erhalten zu können und jederzeit zum Schutze der neu gegründeten Staaten fähig zu sein, sich behelfen, das sich seit Januar 1920 als wirksam erwiesen habe.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Beneš sagte im Senatsausschuss über die Reparationsfrage, er hoffe, daß es mit der Zeit zu einer Lösung kommen werde, so daß es nicht nötig sein werde, diese Frage in gewissen Zeitabschnitten wie bisher ständig immer wieder zu erörtern.

Differenzen zwischen diesen beiden Kontrahenten würden notwendigerweise dazu führen, daß früher oder später irgendein stabiler Plan in der Reparationsfrage gefunden werden würde, damit ihrerwegen zwischen den beiden Staaten keine Schwierigkeiten mehr entstehen.

Vorbereitungen in Genua.

London, 19. Januar. (WZB.) „Daily Telegraph“ meldet aus Mailand, daß die italienische Regierung bereits eifrige Vorbereitungen für die Konferenz von Genua treffe. Man erwarte, daß über 1000 Delegierte zugegen sein werden, wozu noch 500 Pressevertreter kommen.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 19. Januar. (WZB.) Die Reparationskommission hat folgende offizielle Erklärung abgegeben: Die Reparationskommission hat beschlossen, für die folgenden Monate Februar, März und April ein Programm für die deutschen Kohlen- und Kokslieferungen aufzustellen, das die Lieferung von 5 750 000 Tonnen vorsieht.

Dollar 188.

Im Hinblick auf die gestrige Senkung des Marktkurses an der Berliner Börse zeigte der heutige Berliner Devisenmarkt wieder sehr feste Tendenz. Die Umsätze waren allerdings geringer als an den letzten Tagen. Dollarnoten wurden um die Mittagsstunde mit 188,189 gehandelt.

Der Friede der Zerstörung.

Wien, 19. Januar. (WZB.) Nach einer Meldung der „Arbeiter-Zeitung“ aus Innsbruck zerstörte die Interalliierte Kontrollkommission dort wertvolle der Sozdemobilisierung gehörige optische Instrumente, Sättel und Klempnerzeug sowie andere Gegenstände im Werte von Millionen.

Die Saarregierung als Ankläger.

Saarbrücken, 19. Januar. (WZB. aus „Saarbrücker Zeitung“.) Der 10. periodische Bericht der Regierungskommission an den Völkerverbund beschäftigt sich vorzüglich mit der Frankensöhnung; der größte Teil der Saar-Gemeinden habe sich aus freien Stücken der Anordnung gefügt. Nur noch fünf Gemeinden haben bei dem Oberverwaltungsgericht Berufung eingelegt.

Tatsächlich ist das eine dieser Dokumente vorher in den Zeitungen des Saargebietes erschienen. Im übrigen soll die Verdächtigung der Beamten wohl gemißte Maßnahmen vorbereiten, die im „demokratischen Geiste des Völkerverbundes“ liegen.

Das ungarische Experiment.

Von Alexander Szántó.

In der innerpolitischen Situation Ungarns ist um die Jahreswende eine bedeutsame Änderung eingetreten. Die Sozialdemokratie, die seit dem Siege der Gegenrevolution infolge der unerhörten Unterdrückung völlig aus dem politischen Leben ausgeschaltet war und dem weißen Terror der Offiziersbanden nur die Passivität der Arbeiterschaft entgegenzusetzen vermochte, tritt wieder als handhabender Faktor auf den Plan und nimmt zusammen mit den übrigen demokratischen und republikanischen Gruppen des Landes aktiv an dem Kampfe gegen das Horthy-Regime teil.

Das Regierungssystem Horthys sieht sich nach über zweijährigem Bestehen vor dem völligen Bankrott. In der inneren Politik wie auf dem Gebiete des Finanz- und Wirtschaftswesens hat es nur Mißerfolge erzielt und Land und Volk an den Rand des Abgrundes gebracht. In der Außenpolitik sind trotz krampfhaften Veldängeln mit einzelnen Staaten der Großen Entente die hochgepöhlten Hoffnungen auf Wiedererlangung der verlorenen Gebietsteile unerfüllt geblieben.

Innerlich ist also das Horthy-Regime reif zum Zusammenbruch, und der Zeitpunkt erscheint einigermaßen günstig, durch eine kraftvoll geführte, sich auf breiteste Volksmassen stützende, freiheitliche Bewegung das wankende Säbelregiment vollständig zu stürzen. Nun sind tatsächlich Kräfte am Werke, die einen zähen und erbitterten Kampf gegen die Horthy-Hejras-Bethlen-Herrschaft führen und die seit Wochen durch immer heftiger werdende Angriffe in Parlament und Presse die Regierung in die Defensive gedrängt haben.

Ein Sieg der legitimistischen Opposition wäre kein Triumph der Demokratie und würde der Arbeiterschaft nichts nützen. Diese muß vielmehr, eingedenk des Wortes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, der Macht des Horthy-Regiments ihre eigene Macht entgegensetzen.

ungarische Broletariat muß selbst den Kampf aufnehmen, es muß um jeden Preis aus seiner bisherigen passiven Haltung heraus und das Gewicht der aktiv aufstrebenden Massen in die Waagschale des politischen Lebens werfen. Die Gelegenheit zu einem solchen Schritt bot sich, als Ministerpräsident Bethlen, am Ende seines Lateins angelehnt, die sozialdemokratische Parteileitung davon verständigte, daß er bereit sei, die Versammlungs- und Pressefreiheit wiederherzustellen, den Gewerkschaften ihre volle Freiheit wiederzugeben, die Ausnahmejustiz abzuschaffen und die politischen Gefangenen zu amnestieren.

Die in Budapest befindlichen vier Führer der ungarischen Sozialdemokratie, Beyer, Bancsik, Mialits und Farkas, glaubten, an diesem Angebot der Regierung nicht achtlos vorübergehen zu dürfen. Sie waren sich im klaren darüber, daß die Versprechungen zwar nicht in vollem Umfange verwirklicht werden würden, aber sie sagten sich, daß auch eine nur teilweise Durchführung — die inwärtigen stattgefunden hat — der Arbeiterschaft die Möglichkeit zur politischen Tätigkeit geben würde, sie dachten vor allem an die unbefriedigten Leiden der Verurteilten und Internierten und glaubten es nicht verantworten zu können, diesen Unglücklichen die Aussicht auf sofortige Befreiung, die sich wenigstens einem Teil von ihnen bot, zu rauben. Sie stimmten dem Anerbieten des Kabinetts Bethlen zu, lehnten es aber ab, als Gegenleistung dafür irgendwelche innerpolitische Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Sie erklärten sich lediglich, einem Wunsche Bethlens entgegenkommend, bereit, in außenpolitischer Hinsicht durch ihre internationalen Verbindungen die Agitation für eine friedliche Revision des Trianoner Vertrages und insbesondere für eine Erleichterung der Ungarn auferlegten Reparationslasten zu unterstützen. Ein Vorstoß gegen die sozialdemokratischen Prinzipien kann hierin um so weniger erblickt werden, als ja auch die sozialistischen Parteien aller anderen Länder einen entschiedenen Kampf für die Revision der Friedensdiktate führen.

Die Haltung der vier genannten Genossen ist im Auslande lebhaft kritisiert worden, und auch in Ungarn selbst sollen Stimmen des Widerspruchs laut geworden sein. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß sie in gutem Glauben gehandelt haben, der Sache der ungarischen Arbeiterbewegung einen Dienst zu erweisen. Der vorläufige Erfolg ihres Schrittes ist, daß einige hundert Arbeiter die Horthy-Kerker verlassen konnten, daß die Pressezensur aufgehoben und die Versammlungsfreiheit teilweise wiederhergestellt ist, und daß eine Reihe von Gewerkschaften, die über zwei Jahre lang aufgelöst waren, ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten. Die Arbeiterschaft kann also auf dem Gebiete der Agitation und der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen wieder handelnd auftreten, sie ist aus ihrer bisherigen Passivität herausgetreten. Diese unbefriedigte Tatsache darf nicht unterschätzt werden, denn nach dem oben Ausgeführten war der Wiedereintritt der Sozialdemokratie ins politische Leben eine zwingende Notwendigkeit, und es besteht berechtigte Aussicht dafür, daß gerade die neu erwachte Kampfkraft der Arbeiterschaft den Schlüssel zu den kommenden Ereignissen in Ungarn bilden wird. Man wird also mindestens die weiteren Handlungen der ungarischen Sozialdemokratie abwarten müssen, bevor man die Handlungen von Männern verurteilt, die seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig sind und deren persönliche Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben ist. Im übrigen wird durch einen voraussichtlich im Frühjahr abzuhaltenden Parteikonferenz den Massen der ungarischen Arbeiterschaft selbst Gelegenheit gegeben werden, ihr Urteil über die bisherige und ihre Entscheidung über die künftige Taktik der Partei zu fällen.

Kolle in Rumänien. Die rumänische Kammer hat mit 190 von 291 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit, das Vertrauen dem Kabinett Jonescu verweigert. Jonescu hat den Rücktritt der Regierung angekündigt. Als ausführender Kandidat gilt Brantionu, der die Ermächtigung zur Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen erhalten soll.

Die Tänzerin.

Gestern Abend habe ich eine Tänzerin gesehen. Sie tanzte einen jubelnden Tanz. Im Hausgarten Kleid — im dunttschimmernden Licht — über die Bühne hin — rasend — ekstatisch — entzückend... Das letzte Wort sprach jemand aus dem Publikum. Ich dachte darüber nach. „Entzückend!“ Wirklich, ich berauschte mich an dem Wort — an dem Tanz — an der Tänzerin dort oben auf der Bühne — an ihrem wirbelnden Rhythmus — an ihren hin- und her schnellen Beinen. Diese schneidenden Beine! Auf und ab wiegte sich der Körper auf ihnen. Wie eine Blume... wie eine Glocke... im Reigen und Schwanken. Es war schön... so schön... Wer hätte diese Beine — geschneit? Fast möchte man meinen, daß sie ein Gott geformt habe. Welch ein Gedanke! — Aber das sie da waren — da waren und tanzten...! Das berauschte — das machte glücklich.

Gücklich — — —
Ich ging hinaus. Und draußen, im Bogenlicht des Portals, sah eine Gestalt — in Feldgrau gehüllt — die streckte — ein Holzbein vor. Das ehr — das Bein aus Fleisch und Blut — war draußen zerfressen worden — während die Tänzerin ihre Beine pflegte und sich nicht um den Krieg kümmerte.
Und alle, die gestern Abend der Tänzerin zusahen, hätten meinen müssen vor Scham, als sie im Hausportal das Holzbein des Kriegskriegers sahen. Sie taten es nicht. Alfred Frische.

Masernschutz. Die Masern selbst sind für schulpflichtige Kinder zwar nicht so gefährlich als für Säuglinge und Kleinkinder, wohl aber die Nachkrankheiten derselben: Keuchhusten und Lungenentzündung, Diphtherie und Tuberkulose sind gar oft die Folgen solcher harmlos erscheinenden Masernerkrankung, und gerade diese Folgekrankheiten enden oft tödlich. Das Abwenden der Krankheit ist kein sicheres Mittel, denn meist hat das kranke Kind schon andere Kinder angesteckt, bevor man die Krankheit bei ihm ermittelt hat. Ein Heilmittel gegen die Masern ist bis jetzt ebenfalls bekannt wie der Erreger der Krankheit selbst. Und doch scheint die ärztliche Wissenschaft auf autem Wege in der Bekämpfung dieser Krankheit. Der Münchener Kinderarzt Degelow hat gefunden, daß man mit dem Serum von masernkranken Kindern andere, bereits angesteckte Kinder vor dem Ausbruch der Krankheit schützen kann. Am 7. bis 10. Tage der Erkrankung ist dieses Serum am wirksamsten, und es genügen 3-7 Gramm davon, um ein anderes Kind gegen die Masern zu schützen. Man hat es somit in der Hand, eine beginnende Masernerkrankung auf ihren Ausgangspunkt zu beschränken, indem man alle mit dem erkrankten Kinde in Berührung gekommenen Kinder baldmöglichst der Schutzimpfung unterzieht. Für Krippen, Säuglingsheime und Kinderkrankenhäuser ist diese Vorkehrungsmöglichkeit von größter Bedeutung. Aber auch in der Privatpraxis wird die Schutzimpfung immer häufiger angewandt, wenn erst einmal die Furcht vor der Blutentnahme bei den kranken Kindern oder noch mehr bei den Eltern derselben

System Nicolai.

„Die Kriegsberichterstattung sollte nicht ernsthaft sein.“

Der deutschnationale Kriegsberichterstatte Adolf Zimmermann führt in einem zweiten Artikel seine Auseinandersetzung mit dem Obersten Nicolai, dem Leiter des Nachrichtenwezens der D.M., fort. Der Ausgangspunkt der Debatte war bekanntlich ein Telegramm Nicolais vom März 1917 das Genosse Kuttner in einer Neuauflage seiner Schrift: „Der Sieg war zum Greifen nahe“ veröffentlicht hat. In diesem Telegramm wurden die Kriegsberichterstatte durch Nicolai u. a. angewiesen, zu berichten „nicht, was sie sehen, sondern was die Armeekommandos für zweckmäßig halten“. Zimmermann schreibt dazu:

„Welche Klasse nehmen Tageschriftsteller ein oder auf welche Rangklasse beabsichtigt man Berichterstatte zu drücken, die unter ihrem Namen und entgegen der Annahme ihres Leserkreises „nicht berichten, was sie sehen, sondern was die Armeekommandos für zweckmäßig halten“; die also nicht nur unerwünscht lassen sollen, was die ohne Zweifel erforderliche militärische Zensur nicht veröffentlicht zu sehen wünscht, sondern positiv nach Diktat zu berichten bereit sind? Die man auszuscheiden wagt unter gleichzeitiger dienstlicher Benachrichtigung irgendwelcher Kommandos; diese sollten den Herren ruhig Zwecktelegramme nach ihrem Ermessen aufgeben, sie dabei aber „unter scharfer Leitung und Zensur“ halten?“

Ueber die Drangsalierung der Kriegsberichterstatte durch das System Nicolai weiß Zimmermann folgendes zu berichten:

„Wer seine Berichterstattung halbwegs ernsthaft und dem wahren Gesicht des Problems gemäß einzurichten suchte, wurde schnell mißlieblich. Man wollte eben nur Berichterstatte, die „nicht schrieb, was sie sahen“, sondern „was zu veröffentlichen für zweckmäßig gehalten wurde“... Die Kriegsberichterstattung sollte grundsätzlich nicht ernsthaft sein... Schielen nach der Berliner Wilhelmstraße und die Privatwünsche einflussreicher Hofgeneräle mögen dabei mitgesprochen haben: entscheidend war aber auch in diesem Falle die innerlich falsche Einstellung des maßgebenden Mannes im Großen Hauptquartier und dann bei der Obersten Heeresleitung.“

So ein deutschnationaler Journalist, der noch Sinn für die Würde der Presse und unabhängige Gesinnung sich gewahrt hat. Doppelt kläglich nehmen sich dagegen die Schweigeweisheiten der volksparteilichen Blätter „Zeit“ und „D. A. Z.“ vor Oberst Nicolai aus. Dreifach kläglich, wenn man sich erinnert, daß die „D. A. Z.“ sogar in einer Kritik des Systems Nicolai das Verbrechen eines Angriffs auf die Ehre des deutschen Volkes (II) erblickten wollten. Den Herren scheint ganz das Gefühl dafür abhanden gekommen zu sein, daß es Dinge gibt, in denen die gesamte Presse einig sein sollte und — während des Krieges — sogar mitunter auch einig war.

Die Verantwortungscheuen.

Von den Vertretern des alten Systems wird uns immer die „Verantwortungscheuigkeit“, die sein Wesen ausgemacht haben soll, als Muster gepredigt. Der Vorgesetzte habe die volle Verantwortung für seine Handlungen übernommen, worauf sich der Untergebene bedingungslos habe verlassen können. In der Praxis schaut es umgekehrt aus. Wilhelm sucht bekanntlich die Verantwortung für seine Flucht nach Holland auf seine — ihm untergebenen — Ratgeber abzuwälzen, diese wiederum wälzen sie weiter auf ihre Ratgeber (man erinnere sich der Linie Wilhelm—Hindenburg—Gröner) oder auf die noch weiter unter ihnen stehenden Offiziere, die bei der Besprechung am 9. November 1918 die Verantwortung für die Truppen nicht mehr übernommen hätten. Namentlich durch Ludendorff und den Oberst Bauer sind die damals im Großen Hauptquartier versammelten Offiziere des Verjagens und der Freigabe beschuldigt worden. Gegen diese Version wendet sich in der „Kölnischen Zeitung“ Generalleutnant a. D. Rabisch, der zu den damals versammelten Kommandeuren gehört hat. Er führt aus, daß den Offizieren die

geschwunden sein wird. Um eine einheitliche Bekämpfung der Masern durchzuführen zu können, ist die Mederpflicht für Masernerkrankungen natürlicher Voraussetzung. Diese wird desto leichter sich durchzuführen lassen, je mehr die Allgemeinheit über die guten Aussichten auf eine Verhütung der Krankheit und ihrer Folgen aufgeklärt wird.

Englische Lehrer gegen den Sport. In London taugt zurzeit die Konferenz der englischen Lehrer und Schuldirektoren. Man hat sich dabei über alles mögliche unterhalten und kam auch auf die Frage des Sports zu sprechen. Über den man sich im Auslande meist ganz falsche Begriffe macht. Glaubt man doch im allgemeinen, daß in englischen Schulen Krieger und Fußball Hauptfächer seien, die etwa dem Lateinischen im Vorphase deutscher Gymnasien entsprächen. Das ist aber ein Irrtum. Sogar in den Privatschulen, wo dem Sport besonders stark nachgehört wird, spielt man lediglich bei gutem Wetter dreimal in der Woche Krieger oder Fußball. In den großen öffentlichen Schulen finden aber überhaupt nur zweimal wöchentlich Sportspiele statt. Trotzdem hat die Lehrerkonferenz mit überwältigender Mehrheit eine Entschickung angenommen, die sich gegen die Erweiterung des Sportprogramms der Schule und vor allem der Sportkämpfe ausspricht. Die Direktoren erklärten sich einstimmig dafür, daß man in keinem Fall die Schüler ermutigen dürfe, den Sport aus Eitelkeitsrunden zu betreiben. Man wolle keine Gladiatoren heranzüchten. Die Direktoren gaben auch ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Presse beispielsweise den Ruderkampfstreit zwischen Cambridge und Oxford als nationales Ereignis bewertet und ihn demzufolge mit übertriebenem Aufsehen behandelt.

Europas Luftnetz 1922. Im neuen Jahre wird das europäische Luftnetz so ausgebaut werden, daß fast alle Hauptstädte unseres Erdteils untereinander verbunden sein werden. Wie der englische Flugsachverständige Major R. E. State mittels, wird der Luftdienst zwischen London und Irland ausgebaut, der tägliche Verkehr zwischen London und Paris bis nach der Schweiz ausgedehnt und auch ein ständiger Dienst zwischen London und Brüssel eingerichtet. Frankreich wird seinen ständigen Luftverkehr nach London, Brüssel, Amsterdam, der Tschechoslowakei, Warschau und Moskau durch eine neue Route erweitern, die von Prag über Budapest und Bukarest nach Konstantinopel führt. Eine zweite Strecke nach Konstantinopel soll über Marseille und Genoa gelegt werden. Dänemark hat sich mit Deutschland in Verbindung gesetzt, um hier Maschinen zu kaufen, mit denen verschiedene Luftwege über ganz Skandinavien besorgen werden sollen. Portugal eröffnet einen Luftverkehr von Lissabon nach Paris über Valladolid und Bordeaux. Ein anderer portugiesischer Luftdienst ist vorgesehen von Lissabon nach Oporto, von Lissabon nach Madrid und von Lissabon nach Porto. Der neue portugiesische Luftweg nach Paris wird auch einen direkten Verkehr zwischen London und Lissabon möglich machen.

Romanik der Schatzgräber. In Tasmanien wurde jüngst ein Weg geplanzt, und die Arbeiter bemerkten, daß die Steine, die sie dabei verwendeten, ein gelbliches Leuchten ausstrahlten. Zu ihrer Ueberraschung erkannten sie, daß es Gold war, und nun wurden die kostbaren Pflastersteine durch ein weniger wertvolles Material ersetzt. Auf ähnliche Weise sind auch anderwärts Nienstehende an unerwarteten Stellen gefunden worden. Die Goldfelder von Santa Barbara in Kalifornien entdeckte man dadurch, daß

Sage in einer Weise geschloßert und die entscheidende Frage in einer Formulierung vorgelegt worden sei, daß eine andere Antwort gar nicht herauskommen konnte. Er sagt dann weiter:

„Schon an und für sich ist eine solche „Befragung“ äußerst bedenklich; was Friedrich der Große vor Leuthen für Antworten bei einer „Befragung“ seiner Regimentskommandeure bekommen haben würde, kann man sich vorstellen. Die Truppe will ihren Mut an der Zueversicht und Kraft des Führers stärken, nicht ihm den Antrieb zum Handeln geben. Führt sie aber heraus, daß er gern eine „timide“ (zaghafte) Antwort haben möchte, dann wird die naturgemäße Begleiterscheinung aller Massenentschlüsse, daß die Bedenklichen, die Zaghaften, die Hoffnungslosen... das laudinische Joch dem Sprung über den Abgrund vorziehen, auch tapferer Gemüter zur Halbheit verleiten; und unter diesem Eindruck standen die Frontabteilungen vom 9. November in Spa.“

Nach Rabischs Ansicht sei den Offizieren in Spa nur vorzuwerfen, daß sie, an blinde Gehorsamspflicht gewöhnt, nicht den Mut zu der einzig richtigen Antwort gefunden hätten, dem Feldherrn zu sagen:

„Wir sind nicht dazu da, um Dich zu beraten, sondern um Deine Befehle auszuführen. Befehle uns, unser Leben für die Erhaltung der Disziplin einzusetzen, dazu sind wir bereit. Politische Gutachten abzugeben, sind wir nicht befähigt und nicht gewillt. Die Verantwortung, die auf Deinen Schultern ruht, darfst Du nicht auf uns abwälzen.“

Diese Antwort ist vernünftig, aber richtig für ein System, das auf dem Kadavergehorsam beruht und bei dem die oberste Befehlsgewalt zusammenfallt in den Händen eines großen wahn-sinnigen, neurotischen Narren. Der Mann, der sich so prunkend als „Instrument Gottes“ und Steuermann des „richtigen Kurses“ gepreist hatte, konnte im entscheidenden Moment die Verantwortung nicht abwälzen.

Im übrigen irrt aber auch Rabisch aus seiner beschränkt militärischen Betrachtungsweise heraus, wenn er in seinem Artikel meint, daß ein anderer Entschluß in Spa die Monarchie hätte retten können, da es sich in Deutschland nur um eine „Rotfrontrevolte“ gehandelt habe. In Wirklichkeit konnte in Spa nur noch über die mehr oder weniger ehrenvolle Form entschieden werden, in der das deutsche Kaiserium untergehen sollte.

Ein Angriff auf die Schutzpolizei.

Die preussische Schutzpolizei ist den Reaktionen ein Dorn im Auge, weil sie dank der Bemühungen Severings und seines Ministerialdirektors Abegg in viel höherem Maße für die Republik zuverlässig ist, als zum Beispiel die unter Geyers Regiment von Republikanern chemisch gereinigte Reichswehr. Gegenüber republikanischen Formationen wendet die Reaktion das bekannte Rezept des Wolfes aus der Lessingschen Fabel an, der frange Schafe für tot und gesunde für krank erklärt. So heht jetzt auch im „Tag“ ein anonymes Schupo-Offizier gegen die Schutzpolizei mit der Behauptung:

Wenn Severing glaubt, daß die Beamtenschaft der Schutzpolizei heute noch auf dem Boden der SPD., das heißt, hinter ihm steht, so irrt er sich gewaltig. Die Beamten sind größtenteils MSPD., viele sind Anhänger der D.D. und R.P.D.

Wenn es noch eine Partei links von der R.P.D. gäbe, so würde diese wahrscheinlich genannt werden. Es handelt sich in Wirklichkeit um halbtotige Denunziationen der Sorte, mit der schon seit drei Jahren die Reaktionen jeden Nichtmonarchisten aus Reichswehr und Schutzpolizei hinauszudrängen suchen. Wer Wilhelm nicht hochleben läßt, ist eben ein „Volksemissar“. Wir sind überzeugt, daß diese Verdächtigungen eines anonymen Verleumders aus Genossen Severing seinerlei Einbruch machen werden, auch wenn der „Tag“ versucht, die Deutsche Volkspartei als preussische Koalitionspartei gegen ihn scharf zu machen. Sehr komisch berührt es dabei, wenn der „Tag“ gegenüber Severing das „Verständnis“ des früheren Innenministers Dominicus rühmend hervorhebt. Dieses Verständnis bestand bekanntlich darin, daß Dominicus die beiden Polizeioffiziere in Hamburg, die über die Ermordung Erzbergers mit gemeinen Ausdrücken frohlockten, lediglich mit einer kleinen Geldstrafe belegte und im übrigen in der Schutzpolizei weiter belassen hat. Für solches „Verständnis“ fehlt uns allerdings das Verständnis.

kleine Goldkörner in den Kröpfen von 30 geübten Hühnern gefunden wurden. Schon viel Federvieh war vorher an dieser seltsamen Nahrung erkrankt. In einem anderen Teil Kaliforniens suchten zwei Männer nach Gold, ohne das geringste zu finden, bis endlich der eine vor Ermattung und Enttäuschung starb. Als der andere dem Kameraden sein Grab grub, fand er einen Goldklumpen von 160 Pfund, den er für mehr als 7000 Pfund Sterling verkaufte. Die Goldfelder von Kibbick wurden von einem mischblütigen Trapper entdeckt, der beim Auseinanderstoßen des Holzes seines Banzers einen merkwürdigen gelben Glanz auf dem Boden bemerkte. Als er das seinen Freunden erzählte, begann man sofort zu graben, und es zeigte sich, daß jeder Klumpen Erde Gold enthielt. Als bereits alles Gold und jede Hoffnung verloren war, förderte der letzte Schlag der Pike eines Schachsuchers die labelhaften Reichtümer der Silbermine von Bonanza ans Licht, aus der man dann für 40 Millionen Pfund Sterling Silber gewann. Die romantischste Geschichte der Art aber ist die Entdeckung der südafrikanischen Diamanten. Im Jahre 1867 blieb ein gewisser John O'Reilly über Nacht bei einem Farmer namens Ricker. Er sah Kinder mit häßlichen Steinchen spielen, die sie im Fluß gefunden hatten und meinte: „Die sehen ja aus wie Diamanten.“ Der Farmer lachte über den Witz, O'Reilly aber nahm einen der Steine mit und brachte ihn nach Kapstadt, wo er als ein Diamant von 2 1/2 Karat festgestellt wurde und O'Reilly 600 Pfund dafür erhielt. Damit war die Aufmerksamkeit auf die großen Diamantische Südafrika gelenkt.

Eine versinkende Stadt. Eine Stadt, die langsam versinkt, ist Soranton in Pennsylvania, der Mittelpunkt eines großen Kohlenbergwerkes, das hauptsächlich vorzugslos Anthrazit liefert. Die Stadt, die eine Bevölkerung von 137 000 Seelen hat, stürzt nach amerikanischen Berichten langsam zusammen. Viele Häuser sind bereits eingestürzt und eine Anzahl von Menschen ist unter ihnen begraben worden. Gegenwärtig sind 300 Häuser bedroht, und die ganze Stadtgegend, in der sich diese Gebäude befinden, ist wegen der Einsturzgefahr verlassen. Die Beunruhigung der Bevölkerung wird durch unterirdisches Dröhnen verstärkt und durch einzelne Erdstöße, wie bei einem Erdbeben. Besonders gelitten hat der Stadtteil, der „Minooa-Dorf“ heißt. Dieser Stadtteil ist von den schwersten Erschütterungen heimbesucht, und man versucht durch Heberhöfste Arbeit, die wankenden Gebäude zu stützen und dadurch das Unheil aufzuhalten.

Der vorjährige Wandkalender des „Vorwärts“ mit der tief empfundenen und formstrebigen Umrahmung von Wilhelm Desterle ist von der Karlsruher Kunsthalle für die dortige Sammlung graphischer Kunstwerke angekauft worden.

Volkstheater. Theater am Bülowplatz. Infolge plötzlicher Erkrankung eines Hauptdarstellers muß am Freitag, den 20., anstatt „Kaffe Milch“ um 7 1/2 Uhr: „Der jahrende Schäfer“ und „Der gekleidete Kater“ zur Aufführung gelangen.

Bernward Shaw als Parlamentarier der Arbeiterpartei. Bernward Shaw hat erklärt, daß er wahrscheinlich bei den Neuwahlen für das englische Parlament kandidieren werde, und zwar als Kandidat der Labour Party für die Umgehung von Edinburgh.

Der Treuhänder.

Uns wird geschrieben: In ihrer Nummer vom 6. Januar 1922 veröffentlicht die „Tägliche Rundschau“ einen Artikel „Das amerikanische Vermögen in Deutschland“, dessen Verfasser sich mit der Reaktivierung des in Deutschland befindlichen amerikanischen Vermögens beschäftigt.

Der Verfasser macht insbesondere die Art der Verwaltung der amerikanischen Forderungen durch den Treuhänder zum Gegenstand seiner Ausführungen und bringt hierfür genauestes Zahlenmaterial bei, er kann es sich dann weiter nicht verlagern, seine Angaben mit Ausfällen gegen den amerikanischen Staat zu begleiten.

Die „Tägliche Rundschau“ leitet diesen Artikel mit den Worten ein: „Von unterrichteter Stelle wird uns geschrieben.“

Es sei daher die Frage gestattet, ob etwa die Reichsregierung zu ihren Veröffentlichungen sich jetzt wieder der „Täglichen Rundschau“, desselben Blattes bedient, das in jeder Nummer nichts anderes zu tun hat, als die Reichsregierung und ihre Organe in der widerlichsten Weise mit Schmutz zu bespritzen. (Wir halten das für ausgeschlossen. Red.) Oder aber ist die unterrichtende Stelle, was bei der Abfassung des Artikels sehr nahelegend zu sein scheint, vielleicht in der Leitung des Treuhänders selbst zu suchen, und glaubt für diesen Fall die leitende Persönlichkeit des Treuhänders, auch bei der Veröffentlichung von amtlichem Material ihre politische Einstellung nicht mehr schamhaft verbergen zu sollen?

Eine Freisprechung in Mainz.

Mainz, 19. Januar. (WZB.) Der Vorsitzende der Mainzer Zweigstelle der Reichsvermögensverwaltung und Vertreter des Reiches beim Oberkommando der französischen Rheinarmee, Oberregierungsrat Lang, hatte sich wegen angeblich ungehörigen Verhaltens gegenüber einem französischen General vor dem französischen Militärgericht zu verantworten.

Die Besitzerin des Hauses, in dem der General in Wiesbaden wohnte, hatte durch ihren auswärts wohnenden Bruder brieflich beim Reichsministerium des Innern um Räumung der Wohnung nachsuchen lassen. Der Brief enthielt einige Bemerkungen gegen den General und gegen Frankreich, die von der Befehlshaberbehörde als Beleidigung aufgefaßt wurden. Der Angeklagte hatte aus dem ihm vorschickten Brief auf dem Instanzenwege zugegangenen Brief die beleidigenden Ausdrücke entfernt und das Schreiben dem Oberkommandierenden der Rheinarmee vorgelegt. Nach Ansicht der Befehlshaberbehörde sollen sich in dem Brief aber noch einige Ausdrücke befunden haben, die als unehörliges Verhalten unter Anklage gestellt wurden. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich einer Beleidigung bzw. unehörligen Haltung gegenüber der französischen Befehlshaberbehörde schuldig gemacht zu haben. Der Militärstaatsanwalt beantragte 1000 M. Geldstrafe, der Verteidiger Freisprechung.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil ein subjektives Verschulden bzw. die beleidigende Absicht nicht vorliegt.

Die Not der Zeitungen.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat auf einer Tagung in Potsdam sich mit der außerordentlich drückenden Not der Zeitungen befaßt, die insbesondere infolge der hohen Preise für Druckpapier und seiner unzureichenden Lieferung auf das Schwerste bedroht sind. In einer Resolution, die sofortiges Eingreifen der Behörden fordert, machte er folgende Vorschläge:

1. Sofortige und gänzliche Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff, bis die ausreichende Belieferung der Druckpapierfabriken im Inland zu angemessenen Preisen durchgeführt und gesichert ist;
 2. Zeitliche Sperrung der Ausfuhr sämtlicher Papierarten, mit Ausnahme der Luxuspapiere, bis das Zeitungs- und Buchdruckgewerbe im Inland dauernd und genügend mit Papier versehen ist;
 3. Maßnahmen, die geeignet sind, eine Umgehung der die geordnete Papierausfuhr regelnden Bestimmungen zu verhindern;
 4. Maßnahmen der Regierungen von Reich und Ländern zur Senkung der ständig steigenden Preise für Papierholz, soweit es für die Herstellung des Bedarfs der deutschen politischen Tageszeitungen an Druckpapier erforderlich ist;
 5. Befreiung der für die Druckpapierherstellung in wichtigen Herstellungsgebieten unentbehrlichen, bereits im Ursprungslande hochbesteuerten böhmischen Braunkohle von der deutschen Rohsteuer;
 6. Sorge für bessere und beschleunigte Waagengestellung für das Zeitungspapier und die zu seiner Herstellung erforderlichen Rohstoffe;
 7. Befreiung des maschinenglatten Druckpapiers in die Tarifklasse B des Eisenbahngütertarifs, wie es der Reichstag bereits zweimal in Beschließungen gefordert hat. Unbedingt erforderlich ist außerdem;
 8. die Befreiung der ungeraden und durch nichts zu rechtfertigenden Sonderbesteuerung der Umsätze der Zeitungsunternehmen im Umsatzsteuergesetz und
 9. die Unterlassung jeder weiteren Belastung der deutschen Presse durch behördliche und gesetzgeberische Maßnahmen, insbesondere der Erhöhung der Postvertriebsgebühren.
- Der Verein hofft und erwartet, daß an Hand der vorgeschlagenen und ähnlichen Maßnahmen es gelingen muß, dem Niedergang und der Verkümmern der deutschen politischen Tagespresse, die sich bereits in vielen Fällen erschreckend deutlich gezeigt haben, doch noch in letzter Stunde Einhalt zu tun.

Schlesischer Hochadel in Untersuchung.

Wegen Hochverrat

Das Hamburger 8-Uhr-Abendblatt hat seinerzeit eine Anzahl ober-schlesischer Adliger beschuldigt, die Geliebte des Corps Oberland zu sein und der darin bestehenden Nordorganisation. Der Oberstaatsanwalt hat nun, wie das „Hamburger Echo“ erfährt, gegen Graf Braakmann, Graf Eiertorff und gegen die Gräfin Saurma-Jelisch das Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet.

Süddeutsche Holzarbeiterausperrung.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie über eine von den Arbeitern geforderte 50prozentige Lohnerhöhung sind endgültig gescheitert. Die Arbeitgeberverbände Württembergs und Badens haben wegen des ausgebrochenen Streiks die Ausperrung aller Betriebe verhängt.

Caesar Pascha ist nach einer Heuter-Meldung auf Erlaßen der Regierung von Angora von der Sowjetbehörde verhaftet worden, er soll nach Angora gebracht und dort wegen Hochverrats vor Gericht gestellt werden.

Ausweisung der Exkaiserin Zita. Den „Börsen Nachrichten“ zufolge ist der Exkaiserin Zita von der Schweizer Bundesbehörde mitgeteilt worden, daß sie innerhalb dreier Tage, von dem Tage an gerechnet, an dem der operierte Knochen von den Ärzten als außer Lebensgefahr stehend erklärt werde, die Schweiz zu verlassen habe.

Wenn das Reich Gold kauft.

Kramend in Erinnerungen und Andenken vorkrieglicher Zeiten, kommt mir ein Zehnmärkstück in die Finger. Sicher habe ich es einst als Talisman betrachtet und hernach vergessen.

Ich gehe in die nächste Post, mache Augen wie ein Schaukelpferd und ein Gesicht wie ein fideles Waps. Beschneiden stelle ich mich vor Schalter 3 und reiche das Goldstück dem Beamten. Dessen Gesicht glänzt. Dann höre ich das Zehnmärkstück ein halbes Dutzendmal ausschlagen, es ist ob seiner Echtheit geprüft und für echt befunden. Der Beamte holt ein dickes Altkuchen und blättert und liest und denkt nach. Darauf sagt er: „Das verstehe ich nicht.“ „Ich auch nicht“, trüftet ein Beamter aus dem Nebenraum. Darauf werden Altkuchenscheiben von Telegrammen, Verordnungen und Widerrufen herbeigeholt. Alle Bemühungen bleiben resultatlos. Aus dem Nebenraum kommt ein Beamter und hält einen wissenschaftlichen Vortrag. Die Abfertigung stockt. Eine resolute Frau stemmt die Arme in die Hüften und fragt: „Was ist denn nun passiert?“ Ein beglückter Mann sagt: „Na, von all die Verordnungen kann man oh fuffelig im Kopf werden.“ Die Beamten lachen.

Schalter 2 schließt. Die Wartenden verstärken die Reihe vor Schalter 3. Allgemeines Gemurre. Laute Unterhaltung dröhnen und drinnen. Erregte Stimmen hinter Schalterfenster 2: „Macht sich so 'n Krach, wir haben hier Liebergabe.“ Stimmen aus dem Publikum: „Na, wenn wir mon was überleben könnten.“ „Sieh'n hier wie die Affen.“ „Koch schlimmer, als wenn man uff de Elektrische wartet.“ „Gen Ois“ gebrüt ist wenigstens, da tau id mir'n bißchen uff.“ sagt ein Hausdiener und geht an den Ofen. „Wenn der hier noch lange dauert, kauen se drauhen mein Hod.“ jammert ein anderer. Der Verkehr stockt. „Na, Fräuleinchen, was haben Se denn nu egentlich“, fragt teilnehmend ein Wartender. Ich steinlaut: „Ich will ein Goldstück abliefern.“ „Machen, laß Dir doch 'n Zahn plombier'n“, schreit jemand aus der Menge.

Mit einem Ruck wird Schalterfenster 3 geöffnet und der Beamte sagt zu mir: „Geben Sie, bitte, an Schalter 1.“ Von dort ruft jemand: „Wo ist die Dame mit dem Gold?“ Darauf komplizierte Rechnung und Ausstellung eines Scheines. (Und das bei den heutigen Linten- und Papierpreisen!) Damit wandere ich nach Schalter 3 und dort kriech ich endlich 360 M. Wärende Blide freffen mich.

Ja, es ist nicht so leicht, das letzte Goldstück loszuwerden, wenn Bureaukratismus die Hand im Spiele hat. Bureaukratismus, der die leibhaftige Ordnung sein will, aber nur der Schutzhellige der Umständlichkeit ist.

Seestraße — Neufölln.

Die neuen Untergrundbahnhöfe.

Um den Uebergangsverkehr von einem Verkehrsmittel auf das andere in Groß-Berlin zu erleichtern, ist beabsichtigt, auch die Bahnhöfe der Nord-Südbahn mit den Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn und der Stadt- und Ringbahn zu verbinden und einen erleichterten Uebergang zu schaffen. In welcher Weise dieser Plan bei der Ringbahn durchgeführt werden soll, steht noch dahin, obwohl auch schon hier Verhandlungen schweben.

Der Uebergang von der Nord-Südbahn zur Hoch- und Untergrundbahn bildet einen Teil des Vertrages mit der Hochbahngesellschaft. Die dem Zweck dient auch das Bestreben, die Namen der Bahnhöfe der Nord-Südbahn derart zu wählen, daß sie möglichst mit den Bezeichnungen der Ringbahnhöfe und Hochbahnhöfe gleichlauten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist vom städtischen Verkehrsamt beabsichtigt, die bisher vorkommenden Namen der erwähnten Kreuzungs- und Uebergangsbahnhöfe der Nord-Südbahn zu ändern und sie in Uebereinstimmung mit den gleichen Bahnhöfen der Hochbahn und der Ringbahn zu bringen. Demgemäß sollen die Bahnhöfe der Nord-Südbahn folgende Bezeichnungen erhalten: 1. Seestraße, 2. Leopoldplatz, 3. Wedding (bisher Ringbahn), 4. Reinholdsdorfer Straße (bisher Wedding), 5. Schwarzkopffeldstraße, 6. Skottiner Bahnhof (bisher Inveitendstraße), 7. Oranienburger Tor, 8. Friedrichstraße, 9. Französischer Platz, 10. Leipziger Straße, 11. Kochstraße, 12. Hallesches Tor (bisher Belle-Alliance-Platz), 13. Gneisenaustraße, 14. Mittenwalder Straße (bisher Schleiermacherstraße), 15. Kaiser-Friedrich-Platz, 16. Hermannplatz, 17. Fuldstraße, 18. Steinmetzstraße, 19. Neufölln (bisher Söbning). — Auch die Hochbahngesellschaft beabsichtigt ihren Bahnhof „Friedrichstraße“ in „Leipziger Straße“ mit Rücksicht auf den gleichen Bahnhof der Nord-Südbahn und ihren Bahnhof „Leipziger Platz“ mit Rücksicht auf den Potsdamer Ringbahnhof in Bahnhof „Potsdamer Platz“ umbenennen.

Der Vertrag zwischen der städtischen Nord-Südbahn und der Hochbahngesellschaft, über den wir bereits berichteten, ist jetzt abgeschlossen worden. Die Hochbahngesellschaft wird danach die Nord-Südbahn mit eigenem Personal und eigenem Wagenmaterial betreiben. Der Vertrag ist auf 12 Jahre abgeschlossen worden, und man hofft, nach in diesem Jahre einen Teil der Strecke eröffnen zu können. Einzelheiten des Vertrages betreffen u. a., daß zunächst vierzehn Bierwagengzüge und vier Dreiwagengzüge in Dienst gestellt werden; die Stadt liefert den elektrischen Strom, wogegen die Hochbahngesellschaft den Betrieb der elektrischen Unterwerke übernimmt. Der Hochbahngesellschaft werden die Selbstkosten für die Unterhaltung der Wagen, Erneuerung, Abgaben usw. verpachtet; für die allgemeine Verwaltung werden normal 30 Pf. für jeden auf der Nord-Südbahn gefahrenen Wagen-Kilometer erstattet. Die Stadt behält sich die Festlegung der Fahrpreise vor; die Fahrkarten der Hochbahn gelten bei gleichen Tarifen auch für die Nord-Südbahn beim Umsteigeverkehr.

Seizungsbefreiungen gehören vor die Amtsgerichte.

Das Kammergericht hat in einer Rüge wegen des Erlasses einer einstweiligen Verfügung auf ordnungsmäßige Beheizung der Wohnung durch die Sammelheizung des Hauses, die beim Landgericht unabhängig gemacht worden war, dahin erkannt, daß hierfür nicht das Landgericht, sondern das Amtsgericht zuständig ist. Nach § 23 Z 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes gehören ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zur Zuständigkeit der Amtsgerichte Streitigkeiten zwischen dem Vermieter und dem Mieter von Wohnräumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung. Die Beheizung der Wohnung gehört zu ihrer Benutzbarkeit und der vorliegende Antrag hat die Benutzung der Wohnung zum Gegenstande. Er gehört deshalb ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes vor das Amtsgericht.

Das Verschulden eines Bauführers.

Beim Ausbau der Corpus-Christi-Kirche in der Thorer Straße 64 ereignete sich am 21. Mai 1920 ein folgenschweres Baunglück: ein Gemäwe stürzte plötzlich ein und rief fünf Maurer mit in die Tiefe. Alle fünf erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen; einer erlitt Rippenbrüche, ein anderer war 22 Wochen krank, am meisten gelitten hat aber der Maurer Steinmann, der Krämpfe bekommen hat und an seinem linken Bein lamm geworden ist. So daß seine Erwerbsfähigkeit fast vollständig geschwunden ist. Die Staatsanwaltschaft und das Schöffengericht überließen dem Bauführer Otto Straube die Verantwortung für das Unglück auf, und das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis. Die Fahrlässigkeit wurde darin erblickt, daß der Angeklagte von den Arbeitern auf bedenkliche im Gemäwe sich zei-

gende Risse aufmerksam gemacht worden war, trotzdem aber weiterarbeiten ließ, indem er die Bedenken bewährte. Die Bauaufsichtenden Baurat Dohs, Professor Bernhardt und Stadtbaurat Boerwald konnten sich über die eigentliche Ursache des Einsturzes nicht einigen. Das Gericht erblickte lediglich darin eine Fahrlässigkeit des Angeklagten, daß er trotz der Weigerung der Arbeiter, weiter tätig zu sein, dem Bauleiter nicht Meldung erstattete, vielmehr auf eigene Verantwortung die Arbeiter zur Weiterarbeit veranlaßt hatte. Das erste Urteil wurde dahin abgeändert, daß der Angeklagte zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Die neuen Tarife.

Am Eisenbahngüterverkehr wird vom 1. Februar ab der bisherige Normetartarif durch einen Staffeltarif ersetzt, der durch einen 60prozentigen Zuschlag zum jeweiligen Akautarif gebildet wird. Die Mindestfracht beträgt 12 M., Mindestgewicht für Frachtberechnung 10 Kilogramm. Die Mindestentfernung 10 Kilometer. Die Beträge werden auf volle Mark aufgerundet.

Auch die Fracht für beschleunigtes Gütergut wird vom 1. Februar ab nicht mehr durch Verdoppelung des Gewichtes, sondern nach dem einfachen, aber verdoppelten Gewicht für gewöhnliches Gütergut unter Zuschlag von 60 Prozent berechnet. Mindestfracht 20 M., Mindestgewicht 20 Kilogramm. Damit sind die Tarife für Expressgut und beschleunigtes Gütergut mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit der Beförderung gleichgestellt, mit Ausnahme der geringen Unterschiede im Mindestgewicht.

Befähigung der neugewählten Stadträte. Der Oberpräsident hat die neugewählten unbesoldeten Stadträte des Berliner Magistrats, den Rechtsanwalt Dr. Treitel (SPD.), den früheren Stadtoberordneten, städtischen Werkhauhalter Hermann Beh (KPD.), sowie die Stadtoberordneten Direktor Busch (Z.) und Regierungsrat Dr. Richter (Dnt. Sp.) bestätigt. Die Einführung der Befähigung in ihr Amt kann in der nächsten Sitzung der Stadtoberordnetenversammlung vorgenommen werden.

Vermischt wird seit dem 28. Oktober die 30 Jahre alte Tochter Erna des Schlichtermeyers Steinmann aus dem Belgier Straße 8. Das junge Mädchen verließ an jenem Tage heimlich die Wohnung der Eltern und hat seitdem nichts mehr von sich hören lassen. Welt es früher einmal in Köln a. Rh. gewesen ist, so vermutete man, daß es sich dortin begeben habe. Aber auch in Köln blieben die Nachforschungen der Kriminalpolizei und der Zentralstelle für Vermisste erfolglos. Die Verhauwendene, ein hübsches Mädchen, ist 1,60 Meter groß und schlank, hat schwarzes Haar und braune Augen und trug, als sie wegging, ein braun gestreiftes Tuchkleid, einen schwarzen Strickmantel, schwarze Halbhuhe und keine Kopfbedeckung.

Verloren: Am 18. d. Mts., abends um 8 Uhr und 8 Uhr von der Lindenstraße, Ecke bis zum Ring am Festschloß-Platz schwarze Besuchsbrille. Inhalt 3 Schilling, 100 Mark und etwas Kleingeld sowie 1 Taschentuch. Der Finder wird gebeten, nur die Schilling abzugeben, in der Buchhandlung „Comaris“, Lindenstraße 2.

Belehrungsunterricht Groß-Berlin. Freitag, 20. Januar, abds. 7 Uhr im Central-Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof 3. Konferenz der Arbeitsbildungsvereine. Tagesordnung: 1. Umlaufbesprechung zum Film (Herrn Fehrer, Redakteur). 2. Das Spieltheater (Herrn Rechtsanwalt Treitel). 3. Vorträge. — Samstag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr im Neuen Volkshaus, Sternstr. 68, „Die Gräfin“ von E. Scham. Karten à 60 Pf. einschließlich Steuerabgabe und Uebertrittsgeld im Bureau des Arbeitsbildungsvereins und im Bureau des Vereins „Arbeiter-Jugend“, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Treppen.

Jugendliche Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Pichensee. Anmeldung Sonntag, 21. Januar, nachm. 3 Uhr im Tempelhof, 11. Gemeindefeld, Friedrich-Wilhelm, Ecke Berberstraße. Am nächsten Sonntag: Fest der Arbeiterjugendvereine. Eltern haben stets Zutritt. Jugendwohne am 26. März, vorm. 10 Uhr im Mariendorf, Gymnasium.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Ein wenig kälter, zeitweise etwas aufklarend, jedoch überwiegend neblig bei mäßigen südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Freitag, den 20. Januar:

Kreuzung, SPD. 7 1/2 Uhr Versammlung im Reichsanlage der 31. Gemeindefeld, Mittelstr. Vortrag des Generals Dr. Karsten: „Die Gemeindefeldschule“. Die SPD. Ortsvereine sind herzlich eingeladen. 8 Uhr. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsratsvorsitzende im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23-24. 8 Uhr. 7 1/2 Uhr Ortsversammlung in den bekannten Lokalen. 9 Uhr. 7 1/2 Uhr Bezirksversammlung bei Schlichter, Große Str. 2. 10 Uhr. 7 1/2 Uhr im Organisations der Freigewerkschaften. Versammlung Erklärung des Einbürgerungsverfahrens in das Parteiprogramm. Teilnahme der Parteimitglieder unentgeltlich. Mitbestimmung in vorwärtigen. Wichtige Schulversammlung. 7 Uhr Elternversammlung der Schulen Potsdamer und Levetzowstraße in der Schulaula Levetzowstraße. Ref. Schul-Lichtenberg.

Der Mordplan des Grafen Schlieffen.

Ostfll. 18. Januar.

In der gestrigen Verhandlung im Prozeß Schlieffen wurde nach der Vernehmung des Angeklagten der Briefwechsel der Gräfin Schlieffen vorgelesen. Die Briefe, die zum Teil sehr kompromittierend sind, behandeln Vermögensangelegenheiten und im besonderen das Bestreben der Gräfin, eine Vermögensheirat zustande zu bringen. Gewisse Teile der Briefe rufen sogar Verdrehungen vorzunehmen, damit das Vermögen dem Eingriff der Kinder entzogen wird.

Einer der Briefe ist von der Gräfin, wie sie selbst zugibt, entworfen, von dem Grafen abgeschrieben und an Köffel geschickt worden, der der Wittüerschaft an dem Mordplan beizuhilfen wird. Köffel wurde aufgefordert, den Grafen Georg Wilhelm v. Schlieffen zu warn. Briefe Köffels wieder beweisen, daß dieser fortwährend

Erpressungen durch Geldforderungen

ausgeübt hat. Dann wird der 63jährige Majorats Herr Graf Ernst Martin v. Schlieffen vorkommen, dessen Sohn der 25jährige Georg Wilhelm v. Schlieffen ist. Der alte Graf legt über Vermögensangelegenheiten aus und schildert u. a. den Besuch, den der Angeklagte Stenischke dem Schlieffen gemacht hat. Nach der Aussage des Grafen wären im Falle der gelückten Sprengung mindestens 26 Personen ums Leben gekommen. Durch die vorhergehende Verhaftung der beiden Attentäter in Berlin konnte jedoch die Katastrophe verhindert werden.

Aus der Vernehmung des Angeklagten, des Handelsmanns Köffel, ist hervorzugehen, daß er nach seiner Behauptung die ganze Nordboche niemals ernst genommen habe, sondern stets nur bestritt gewesen war, von dem Grafen Schlieffen in Schöneberg Geld zu erpressen. Der Vorsitzende treibt Köffel in die Enge durch den Hinweis darauf, daß er mit dem Töchterling von Görlich über Berlin nach Ostrow gereist sei und durch Anrede eines solchen Namens bei der Ueberführung in Reustädt und Ostrow sich verdächtig gemacht habe. Köffel behauptet, durch seine zahlreichen Verzögerungen den Beweis abliefern zu haben, daß es ihm nicht ernst gewesen sei. — Vors.: Weshalb zogen Sie Stenitz zu, wenn Ihnen die Sache nicht ernst war, und nahmen ihn für Geld mit nach Schlieffenberg? — Köffel: Ich zwang ihn nicht. — Köffel behauptet ferner, daß

die Gräfin ihm auch lebhaft zugeredet habe.

Sie habe ihn getraut, wie weit die Sache sei und ihn mit Hinweis auf die hohe Wittüen Beförderung anzutreiben versucht. — Vors.: Wofür erhielten Sie von der Gräfin die Briefe? — Köffel: Für die Tat!

